

## Presseinformation

Nr. 139 / 2013

Umwelt / Fracking

Kiel, Donnerstag, 21. März 2013

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Oliver Kumbartzky: Umwelttoxisches Fracking muss verhindert werden

In seiner Rede zu TOP 11 (Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Zunächst möchte ich festhalten, dass die FDP-Fraktion, ebenso wie alle anderen Fraktionen im Landtag, umwelttoxisches Fracking strikt ablehnt. Wir haben den gemeinsamen Antrag im Dezember mitgetragen. Wir stehen nach wie vor dazu und unterstützen die Landesregierung auch bei ihrem Handeln. So begrüßen wir auch, dass Minister Robert Habeck die alte FDP-Forderung nach einem Bodenkataster bzw. einer Landesuntergrundplanung befürwortet. Die langfristigen Ziele für Energiespeicherung, Geothermie und Trinkwasserversorgung müssen, unabhängig von Fragen zum Fracking oder der CO<sub>2</sub>-Speicherung, festgeschrieben werden.“

An dieser Stelle will ich auch dem Ausschussvorsitzenden und der Landesregierung danken. Im Umweltausschuss diskutieren wir häufig, intensiv und sachlich über das Thema, und die Landesregierung informiert das Parlament regelmäßig.

Wenn es etwas an der Landesregierung in dieser Sachthematik zu bemängeln gibt, dann Folgendes: In der Landtagsdebatte vom 12. Dezember 2012 sagte Minister Robert Habeck wörtlich: ‚Es kann gut sein, dass rot-grün regierte Länder demnächst Aufsuchungserlaubnisse erteilen müssen – hoffentlich nicht in Schleswig-Holstein‘.

Sie können mir nicht erzählen, Herr Dr. Habeck, dass Sie damals nicht gewusst haben, dass einige Wochen später genau diese Erlaubnisse erteilt werden. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, deren Fachaufsicht in Ihrem Ministerium ist, hat – wie wir alle wissen – letzte Woche Aufsuchungs- bzw. Bewilligungserlaubnisse vergeben. Da hätten Sie bei der Landtagsdebatte im Dezember ehrlicher sein sollen.

Ich will an dieser Stelle betonen, dass die erteilten Konzessionen nicht bedeuten, dass es damit automatisch gleich Erlaubnisse für Bohrungen oder gar Fracking gibt. Solche Maßnahmen müssten in einem gesonderten Verfahren beantragt und genehmigt werden. Fakt ist: Es liegen keine Anträge auf Genehmigung von Fracking-Maßnahmen in Schleswig-Holstein vor.

Nun komme ich zu den Piraten: Der Antrag der Piraten ist ein reiner Schaufensterantrag. Für ein Moratorium, mit dem Anträge auf Fracking pauschal zurückgestellt werden, gibt es im Bergrecht keine Rechtsgrundlage.

Ich will aber betonen, dass wir eine Änderung des Bergrechts zu mehr Transparenz befürworten. Auch eine Aufnahme von Umweltverträglichkeitsprüfungen in das Bergrecht halten wir für dringend erforderlich. Vor allem sollten bereits während der Erkundung alle Bohrmaßnahmen einer UVP unterzogen werden. Derzeit sind nur Fördermaßnahmen ab einer gewissen Förderungsgröße UVP-pflichtig.

Man sollte übrigens meiner Meinung nach ernsthaft – sollte es keine bundesweite Lösung in unserem Sinne geben – eine Länderklausel ähnlich der im CCS-Gesetz in Erwägung ziehen. Die Wirksamkeit der CCS-Länderklausel hat Dr. Habeck ja unlängst bestätigt. Der vor Kurzem – und leider drei Monate später als angekündigt – vorgelegte Gesetzentwurf schließt nach den Worten des Ministers CCS rechtsicher und dauerhaft aus.

Wir sollten weiter wachsam und kritisch die weitere Entwicklung begleiten und gemeinsam und in enger Abstimmung mit der Landesregierung alles tun, um umwelttoxisches Fracking in Schleswig-Holstein zu verhindern. Beim Schutz der Umwelt, des Grundwassers und der Gesundheit der Menschen darf es keine Kompromisse geben.

Anträge wie der vorliegende von den Piraten bringen uns nicht weiter.“